

Grüne: Dreigliedriges Schulsystem muss weg

Landtagsfraktionsvorsitzende Margarete Bause präsentiert bei Info-Veranstaltung neues Bildungskonzept

Von Stefanie Krivian

Eggenfelden. Mit einem völlig neuen Konzept möchten die Grünen das Schulsterben auf dem Land beenden. Die Lösung: Gemeinschaftsschulen. Nach dem Bildungsplan der Partei sollen dort Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichtet werden.

Margarete Bause, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, informierte im Gasthaus „Unser Wirtshaus“ gut 20 Zuhörer über den neuen Bildungsansatz. Darunter die Grünen-Spitzenkandidaten für die Wahl im September, Mia Pörtl (Bezirkstag), Sophia Lüttwitz (Landtag) und Stefan Haug (Bundestag). Begrüßt wurden die Zuhörer von Mia Pörtl.

„Etwa einem Drittel der 930 Mittelschulen in Bayern droht das Aus“, begann Bause ihren Vortrag. Dabei liegt es laut Bause nicht nur an der stetig sinkenden Geburtenrate, dass viele Mittelschulstandorte bedroht sind. „Wer kann, geht weg und versucht auf Realschule oder Gymnasium zu wechseln“, stellte die Politikerin fest. Die Mittelschule gelte allgemein als unattraktiv. Deshalb solle nicht länger am dreigliedrigen Schulsystem festgehalten werden.

Als ersten Schritt müsse man



Informierte über den Bildungsansatz der Grünen: Fraktionschefin Margarete Bause. – F.: Krivian

mehr Lehrpersonal bereit stellen. So könnten auch in kleinen Gemeinden die Grundschulen erhalten bleiben. Die starren Regelungen in Bezug auf die Klassengröße müssten dringend überdacht werden. Als weiteren wichtigen Schritt nannte die Grünen-Fraktionschefin die Abschaffung des „Sortiersystems“, das Schüler in Kategorien einteile. „Unser Schulsystem stammt aus dem 19. Jahrhundert. Da

mehr Lehrpersonal bereit stellen. So könnten auch in kleinen Gemeinden die Grundschulen erhalten bleiben. Die starren Regelungen in Bezug auf die Klassengröße müssten dringend überdacht werden. Als weiteren wichtigen Schritt nannte die Grünen-Fraktionschefin die Abschaffung des „Sortiersystems“, das Schüler in Kategorien einteile. „Unser Schulsystem stammt aus dem 19. Jahrhundert. Da

Die Kinder sollen sich in diesen Schulen gegenseitig bereichern und voneinander lernen, so der Plan. „In Baden-Württemberg und Nord-Rhein-West-

können die Anforderungen des 21. Jahrhundert gar nicht erfüllt werden.“

„Dort, wo Gemeinden es wünschen, können Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden“, so der Plan. Bis zur 6. Klasse lernen alle Kinder das Gleiche. Anschließend wird ein Kursystem eingeführt, bei dem jeder die Fächer nach seinen

Stärken belegt. Nach neun Jahren kann der Quali gemacht werden und nach der 10. Klasse der Realschulabschluss. „Wer dann weiter machen will, kann aufs Gymnasium wechseln“, erläuterte Bause den Grünen-Ansatz.

Die Kinder sollen sich in diesen Schulen gegenseitig bereichern und voneinander lernen, so der Plan. „In Baden-Württemberg und Nord-Rhein-West-

falen wird dieses Konzept schon erfolgreich praktiziert“, so die Referentin. „Die Bürgermeister in diesen Bundesländern sind auf uns zugekommen und haben um Hilfe gebeten um eine Sekundarschule einzurichten.“

Grundsätzlich müsse aber nicht nur das dreigliedrige Schulsystem weg. Auch die Gestaltung des Unterrichts solle sich radikal ändern. „Wir müssen weg von Frontalunterricht und davon, den Kindern nur Wissen einzutrichtern.“ Es sei wichtig, dass die Schüler das „Lernen lernen“, sprich sich Inhalte und Wissen in kleinen Gruppen selbst erarbeiten. „Das bisherige Klassensystem passt nicht mehr in die Zeit“, so Bause. In Finnland habe man dieses System bereits eingeführt und wie man an der PISA Studie sehe, funktioniere es hervorragend. „Wenn die Kinder etwas selbst erarbeiten und verstehen, wenn eine positive Rückmeldung kommt, dann macht lernen Spaß“, betonte Bause. Dazu gehöre auch, dass sich die Kinder selbst zu Prüfungen anmelden sollen, wenn sie den Stoff verstanden haben und nicht starr nach Schulaufgabenplan abgefragt werden.

Diese Reform könne nur

funktionieren wenn man „unten beginnt“. „Wir wollen den Schulen keinesfalls etwas überstülpen, so wie es bei der G8-Reform passiert ist“, erklärte die Politikerin. Ziel sei es, den Wandel gemeinsam mit den Schulen einzuleiten. Dafür brauche es eine Öffnungsklausel im bayrischen Erziehungsgesetz. „Die Schulen müssen auf ihren Weg dorthin unterstützt werden, die Schulleiter geschult.“ Die Verantwortung solle nach unten verlagert werden. Der ganze Prozess sei zudem langfristig angelegt und „keine ad hoc Aktion“.

Um diesen Wandel herbeizuführen seien grundlegende Reformen nötig. Die Lehrerbildung gehöre grundlegend reformiert, was eigentlich schon bei der Umwandlung der Haupt- in Mittelschulen hätte beginnen müssen. Zudem müsse mehr Geld in die Bildung fließen. „Weg mit den befristeten Stellen, das gibt den Lehrkräften Planungsunsicherheit. Versetzt Lehrer in ihre Heimatgemeinden zurück wenn sie es wünschen. Die Konkurrenz unter den Schulen um die Kinder muss aufhören“, forderte sie. Bei der Diskussion zeigte sich, dass die angesprochenen Probleme von vielen Lehrkräften auch wirklich so empfunden werden.